





Inhalt

	Einleitung: Problemstellung – Methode – Forschungsstand	11
 Kapitel I		
	Zwangslage: Frauenerwerbstätigkeit in der Nachkriegszeit (1945–1948)	25
	1. Einsatz von Frauen auf Männerarbeitsplätzen	25
	1.1. Oberpräsident Hans Fuchs und die Pflichtarbeit- Verordnung	25
	1.2. Arbeitskräftemangel in der Trümmerbeseitigung	26
	1.3. Britische Maßnahmen zur Einbeziehung der Frau in die Trümmerbeseitigung	30
	1.4. Einstellung der deutschen Arbeitsbehörden gegenüber der Beschäftigung von Frauen im Bau- und im Bauneben- gewerbe	37
	2. Strukturveränderungen in der Frauenerwerbsarbeit	41
	2.1. Die Volkszählung in der britischen Besatzungszone vom 29. Oktober 1946	41
	2.2. Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit zwischen 1880 und 1945	43
	2.3. Anstieg und Veränderung der Frauenerwerbstätigkeit nach 1945	47
	3. Staatlicher Arbeitsschutz und gewerkschaftliche Verbesserungs- vorschläge	52
	3.1. Umgehung der Arbeitsschutzbestimmungen durch die Arbeitgeber	52
	3.2. Anfänge und Entwicklung des staatlichen Arbeitsschutzes in Deutschland	55
	3.3. Gewerkschaftliche Forderungen zur Verbesserung des Schutzes der erwerbstätigen Frau	62
	4. Der nordrhein-westfälische Hausarbeitstag	70
	4.1. Widerstände gegen die Einführung eines Hausarbeits- tages	70
	4.2. Auslegung des Gesetzestextes durch die Arbeitgeber	77
	4.3. Das Ende des Hausarbeitstages in Nordrhein-Westfalen	80

Kapitel II

Auswirkungen: Währungsreform und berufstätige Frau

(1948–1950) 84

1. Soziale Lage und wirtschaftliche Entwicklung nach der Währungsreform 84

1.1. Folgen der steigenden Lebenshaltungskosten 1948 84

1.2. Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen 94

1.3. Arbeitsmarktentwicklung für Männer und Frauen 98

2. Reaktion der Arbeitsbehörden und der Gewerkschaften auf die steigende Frauenerwerbslosigkeit 104

2.1. Die Fachausschüsse für Frauenfragen 104

2.2. Maßnahmen der Arbeitsbehörden zur Behebung der Frauenerwerbslosigkeit 106

2.3. Kritik der Gewerkschaften an den eingeleiteten Maßnahmen und Gegenvorschläge zur Verbesserung der Lage der berufstätigen Frau 112

3. Zurückdrängung der Frau von Männerarbeitsplätzen 116

3.1. Veränderte Einstellung von Wirtschaft und Verwaltung gegenüber erwerbstätigen Frauen 116

3.2. Doppelverdiener im öffentlichen Dienst 117

3.3. Entlassung von Straßenbahnschaffnerinnen 120

3.4. Vorgehensweise von Arbeitgebern und Arbeitsbehörden gegen Frauen auf Männerarbeitsplätzen 121

Kapitel III

Kontinuitäten: Familienpolitik und Frauenerwerbstätigkeit

(1949–1963) 128

1. Katholische Kirche und Nachkriegsfamilie 128

1.1. Die Psychologin Martha Moers über die Auswirkungen der Berufstätigkeit auf die Frau 128

1.2. Soziale Lage und Krisensymptome der Nachkriegsfamilie .. 129

1.3. Ursachen für die Zerrüttung der Nachkriegsfamilie aus Sicht der katholischen Kirche 135

2. Gründung der Familienverbände und des Bundesministeriums für Familienfragen 138

2.1. Der Deutsche Familienverband 138

2.2. Der Familienbund der Deutschen Katholiken 142

2.3. Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und der Bund der Kinderreichen Deutschlands 145

2.4.	Entstehung und Arbeitsweise des Bundesministeriums für Familienfragen	147
2.5.	Das Aktionsprogramm des Bundesfamilienministers Wurmeling zur Stabilisierung der Familie	153
3.	Die Auseinandersetzung um das Kindergeldgesetz vom 13. November 1954	156
3.1.	Die Anfänge der Kinderbeihilfe in Deutschland	156
3.2.	Erste Forderungen nach einer Wiedereinführung der Kinderbeihilfe nach dem 2. Weltkrieg	162
3.3.	Die Kindergelddebatte in der ersten Hälfte der 50er Jahre ..	166
4.	Instrumentalisierung der Familienpolitik zur Eindämmung der Frauenerwerbsarbeit	176
4.1.	Kritik der katholischen Kirche an der Müttererwerbsarbeit ..	176
4.2.	Mediziner und Pädagogen über die negativen Auswirkungen der weiblichen Berufstätigkeit auf die Familie	178
4.3.	Nachbesserungen zum Kindergeldgesetz	182
4.4.	Die familienpolitische Bilanz des Bundesfamilienministers Wurmeling	189
4.5.	Katholische Bemühungen zur Festigung der Familienstruktur	192
4.6.	Gründe für das Scheitern der katholisch-konservativen Strategien gegen die Frauenerwerbstätigkeit	198

Kapitel IV

Widerstand: Gleichberechtigung und Frauenerwerbstätigkeit

(1948–1957)	201
1. Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat um den Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau und den Anspruch der Frau auf gleichen Lohn	201
1.1. Frauenforderungen an den Parlamentarischen Rat	201
1.2. Die Vorstellung des Rechtswissenschaftlers Richard Thoma von der Ungleichheit von Mann und Frau	204
1.3. Die Diskussion im Ausschuß für Grundsatzfragen über den Gleichheitsartikel	208
1.4. Öffentlicher Protest und Revision des Gleichheitsartikels ...	213
1.5. Widerstände der Parteien gegen die Festschreibung einer Sozial- und Wirtschaftsordnung	218
1.6. Das Votum des Parlamentarischen Rates für Lohngleichheit von Mann und Frau	221

2. Einstellung von Juristen und Kirchen zur Anpassung der Familienrechtsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches an den Gleichheitsgrundsatz	225
2.1. Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer am 20. September 1949	225
2.2. Das patriarchalische Ordnungsprinzip im Widerstreit der Juristen	226
2.3. Christliche Vorstellungen von der Stellung der Frau in der Ehe	230
2.4. Reaktionen der Kirchen auf die Denkschrift des Bundesministeriums für Justiz zur Familienrechtsreform	233
3. Die Diskussion über die Regierungsvorlagen zur Änderung des Familienrechts	237
3.1. Der Kampf des Bundesministers der Justiz Thomas Dehler für seinen Gesetzentwurf	237
3.2. Parlamentarischer Widerstand der CDU/CSU gegen den Regierungsentwurf	245
3.3. Die revidierte Fassung des Regierungsentwurfs	250
3.4. Beratungsmarathon im Rechtsausschuß und Verabschiedung des Gleichberechtigungsgesetzes	256
4. Frauenarbeitslohn zwischen Vorurteilen und Arbeitgeberinteressen	261
4.1. Die Beratungen des Ausschusses für Arbeit des Wirtschaftsrates über die Grundsätze der Lohnregelung	261
4.2. Die Entwicklung der Frauenlöhne seit Beginn der industriellen Frauenarbeit	264
4.3. Gutachterstreit zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften um die Lohngleichheit	268
4.4. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15. Januar 1955 und die Leichtlohngruppen für Frauen	275

Kapitel V

Übergänge: Die berufstätige Frau im „Wirtschaftswunder“ (1950–1963)	280
---	-----

1. Der Korea-Boom und der wirtschaftlich-industrielle Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland	280
1.1. Der Angriff der nordkoreanischen Truppen am 25. Juni 1950	280
1.2. Die Folgen des Korea-Konfliktes auf die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung	281

2. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den 50er Jahren	286
2.1. Die Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. September 1950	286
2.2. Die sprunghafte Zunahme der Erwerbstätigen während des Wirtschaftsbooms	288
2.3. Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit und Veränderungen der Frauenarbeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen	291
3. Bemühungen der Gewerkschaften zur Verbesserung der Situation der erwerbstätigen Frau	296
3.1. Gründung der Hauptabteilung Frauen des Deutschen Ge- werkschaftsbundes	296
3.2. Arbeitslosigkeit älterer Frauen und ihr Abbau durch Arbeits- beschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen	298
3.3. Schlechte Aufstiegschancen für Frauen	304
4. Anstieg der Berufskrankheiten und Maßnahmen zur Verbesse- rung des Arbeitsschutzes	312
4.1. Umfrageergebnisse der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von 1961	312
4.2. Gründe für den Anstieg von Berufskrankheiten bei Frauen ..	313
4.3. Widerstände gegen den Ausbau des Mutterschutzes in den Nachkriegsjahren	317
4.4. Verabschiedung und Handhabung des Mutterschutzgesetzes von 1952	322
Zusammenfassung	331
Abkürzungsverzeichnis	335
Verzeichnis der Tabellen	336
Quellen und Literatur	337
Personenregister	352